



Rahmenbedingungen

Betrieb einer Einrichtung der ambulanten Krankenpflege durch Zahnärztinnen und Zahnärzte

1. Einleitung

Einrichtungen der ambulanten Pflege in Form einer juristischen Person (z.B. AG, GmbH) gelten als Institutionen des Gesundheitswesens im Sinne von Artikel 99ff. des Gesundheitsgesetzes (GesG) und benötigen daher eine Betriebsbewilligung der Direktion für Gesundheit und Soziales.

Nicht als bewilligungspflichtige Institution des Gesundheitswesens gelten Zusammenschlüsse von selbständigen Zahnärztinnen und Zahnärzten (Gruppenpraxen/Praxisgemeinschaften in Form einer einfachen Gesellschaft).

2. Betriebsbewilligung

2.1. Allgemeines

Die Voraussetzungen für die Erteilung der Betriebsbewilligung sind im Wesentlichen die Folgenden:

- > Die Einrichtung muss über die erforderlichen Räumlichkeiten, Ausstattung und genügend qualifiziertes Personal verfügen;
- > Die Einrichtung muss über eine der Komplexität der Organisation angepasste Leitung verfügen. Sie hat zumindest eine Zahnärztin oder einen Zahnarzt zu bezeichnen, die oder der für die Einhaltung der gesundheitsrechtlichen Vorschriften, insbesondere der Patientenrechte, verantwortlich ist, und die für die gute Führung der Einrichtung im Allgemeinen und die Qualität und Wirtschaftlichkeit der Leistungen im Speziellen geradestehen. Die verantwortliche Person muss daher über vertiefte Kenntnisse des schweizerischen Gesundheitssystems verfügen und überdies hauptamtlich in der Einrichtung tätig sein (im Prinzip während 80% der Öffnungszeiten).
- > Da der Behandlungsvertrag nicht mit den einzelnen Zahnärztinnen und Zahnärzten, sondern mit der Betriebsgesellschaft abgeschlossen wird, muss letztere über eine Haftpflichtversicherung verfügen, welche die Tätigkeit sämtlicher beschäftigten Personen abdecken; die Versicherungssumme hat den mit der Tätigkeit verbundenen Risiken Rechnung zu tragen. Die Versicherungsdeckung ist bei jeder organisatorischen Änderung (v.a. Erhöhung des Personalbestandes) anzupassen.

Damit eine Betriebsbewilligung ausgestellt werden kann, bitten wir Sie, dem Amt für Gesundheit ein schriftliches Gesuch mit folgenden Unterlagen und Informationen zukommen zu lassen:

- > Handelsregisterauszug;
- > Kurze Beschreibung der Art der Einrichtung;
- > Datum der Eröffnung der Einrichtung;
- > Namen und GLN-Nummer der verantwortlichen Personen;

- > Falls die verantwortlichen Personen nicht Eigentümer der Betriebsgesellschaft sind:
Arbeitsverträge mit Pflichtenheften, die unter anderem explizit bestätigen, dass sie über die für die Berufsausübung nötige Unabhängigkeit verfügen und bei der Anstellung von weiteren Gesundheitsfachpersonen und Administrativpersonal entscheidend mitreden können;
- > Namen und GLN-Nummer allfälliger weiterer Zahnärztinnen und Zahnärzten, die über eine persönliche Berufsausübungsbewilligung verfügen müssen (siehe nachfolgend Ziffer 3);
- > Information zum geplanten Bestand an paramedizinischem und administrativem Personal (Funktionen, Ausbildung, Beschäftigungsgrad), gegebenenfalls mit Organigramm
- > Nachweis einer genügenden Versicherungsdeckung (Bestätigung der Versicherungsgesellschaft oder Kopie der Police).

Die Kosten für die Bearbeitung eines einfachen Gesuchs betragen **600 Franken**. Ein allfälliger **Zusatzaufwand bei unvollständigen oder speziell umfangreichen Dossiers kann zusätzlich in Rechnung gestellt werden**.

3. Berufsausübungsbewilligungen

3.1. Berufsausübung in eigener fachlicher Verantwortung

Abgesehen von der Betriebsbewilligung müssen alle Zahnärztinnen und Zahnärzte, die in der Einrichtung angestellt sind und ihren Beruf in eigener fachlicher Verantwortung ausüben, über eine persönliche Berufsausübungsbewilligung verfügen. In eigener fachlicher Verantwortung berufstätig ist, wer nicht unter der Verantwortung und Überwachung einer Person mit Berufsausübungsbewilligung praktiziert. Ausführliche Informationen sowie das Gesuchformular sind auf unserer Website abrufbar: [Zahnarzt / Zahnärztin | Staat Freiburg](#).

3.2. Berufsausübung unter Aufsicht

Ein Gesundheitsberuf kann auch unter Aufsicht und Verantwortung einer Gesundheitsfachperson mit Berufsausübungsbewilligung im gleichen Berufszweig ausgeübt werden. Unter Aufsicht praktizieren insbesondere Zahnärztinnen und Zahnärzten im Hinblick auf den Erwerb eines eidgenössischen Weiterbildungstitels.

Für die Berufsausübung unter Aufsicht muss die Einrichtung eine Bewilligung einholen. Ausführliche Informationen sowie das Gesuchformular sind auf unserer Website abrufbar: [Zahnarzt / Zahnärztin | Staat Freiburg](#) (siehe Punkt 4).

Zu erwähnen ist, dass Zahnhygienikerinnen, die von der Einrichtung angestellt und unter der Aufsicht und Verantwortung einer Zahnärztin oder eines Zahnarztes arbeiten, keine Berufsausübungsbewilligung beantragen müssen.

4. Werbung und Ausschreibung

Institutionen des Gesundheitswesens unterliegen denselben Werbevorschriften wie Gesundheitsfachpersonen. Einrichtungen der ambulanten Pflege machen deshalb nur Werbung, die objektiv ist und einem öffentlichen Bedürfnis entspricht; die Werbung darf zudem weder irreführend noch aufdringlich sein.

Die Einrichtung darf unter einem Phantasienamen auftreten, sofern damit keine Verwechslungsgefahr oder Fehlinformation des Publikums verbunden ist. Es ist von daher dringend zu empfehlen, **vor** Gründung der Gesellschaft das Gesundheitsamt zu kontaktieren.

Aus Gründen der Transparenz muss der im Handelsregister eingetragene Firmenname in der Korrespondenz, auf Bestellscheinen und Rechnungen sowie in Bekanntmachungen (Praxisschild, Website, Broschüren, Visitenkarten, usw.) vollständig und unverändert angegeben werden ([Artikel 954a des Obligationenrechts](#)).

403_240718_de_Conditions_AEx_InstSoinsAmb_Dent